62. Jahrgang. № 16. Mittwoch, 16. Januar 1918.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 4,20 M. monatlich 1,40 M. Anzeigen-Preise. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 25 Pf. Vorzugsplätze u. Anzeigen in Nummern nach Sonn- u. Feiertagen lt. Tarif. 50% Teuerungszuschlag. — Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Belegbl. 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erbitterte Kämpfe zwischen Brenta und Monte Pertica.

Erfolgloser feindlicher Vorstoß an der unteren Piave. — Unsere Kriegsziele im Osten. — Der englische Marineminister über die Versenkung der Geleitzüge. — Das neue englische Aushebungsgesetz. — Ein englischer Sozialist über Elsaß-Lothringen.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 15. Januar, abends. (Amtlich. W. T. B.) Zwischen Brenta und Piave vielfach heftiger Feuerkampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 15. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica ging der Italiener nach starker, zeitweise zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterie-Angriff über. Nach sehr heftigen Nahkämpfen gelang es dem Feind, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraume ist die vorderste Kampflinie voll in unserem Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanin rasch zum Stehen gebracht.

(W. T. B.) **Der Chef des Generalstabs.**

Die amerikanische Kriegshilfe.

Davon, daß der Verband, soweit er in Europa überhaupt noch kriegsfähig ist, also in seiner durch England, Frankreich und Italien verkörperten Vertretung, aus eigener Kraft den Sieg gewinnen könnte, ist schon längst nicht mehr die Rede. Die ganze Hoffnung eines glücklichen Ausganges für die Entente wird jetzt auf die nordamerikanische Union gesetzt, auf die „Millionenarmee", die von jenseits des „großen Teiches" herüberkommen und den Enderfolg an die Verbandsfahnen fesseln soll. Wie eine Fata Morgana den verschmachtenden Wanderer in der Wüste liebliche Bilder von grünenden Oasen mit murmelnder Quelle vorzaubert, so labt sich die Phantasie der kriegsmüden Völker der drei feindlichen Staaten an dem Gaukelbilde eines ungeheuren amerikanischen Heeres, das mit einem Schlage die Militärmacht des Vierbundes vernichten und der ausschweifenden Begehrlichkeit des Imperialismus unserer Gegner die Erfüllung und Befriedigung bringen soll. In Frankreich hat Clémenceau der Opposition seiner Widersacher dadurch die Spitze abgebrochen, daß er es für eine Ehrenpflicht der Nation erklärte, bis zum Eintreffen der amerikanischen „Befreier" im nächsten Frühjahr auszuharren. In Italien hat Orlando das Ende des Krieges für das laufende Jahr auf Grund des Eingreifens der amerikanischen Heeresmacht als unbedingt sicher bezeichnet und in London ist von dem englischen Munitionsminister Churchill bei einem Frühstück in Gegenwart des amerikanischen Botschafters ein dringlicher Aufruf an die Union gerichtet worden, mit aller Kraft die gemeinsame Kriegführung zu fördern und mit der erlösenden Tat der Sendung des Millionenheeres nicht länger zu zögern.

So sind also beim Verbande alle Augen mit gespannter Erwartung nach Washington gerichtet, von wo die große entscheidende Hilfe kommen soll. Da, gerade im Augenblick der höchsten Spannung, erhalten die Hoffenden und Harrenden von dem Diktator Wilson einen niederschmetternden Dämpfer aufgesetzt. Nach einer offiziösen Reutermeldung aus der nordamerikanischen Bundeshauptstadt hat nämlich die dortige Regierung in London, Paris und Rom wissen lassen, daß sie die doppelte Aufgabe der gleichzeitigen Versorgung der Alliierten mit Getreide und Truppen aus Mangel an Schiffsraum nicht zu lösen imstande sei. Sie sei trotz eigener Schwierigkeiten bereit, der Lebensmittelnot in den europäischen Verbandsstaaten durch Lieferung von 2½ Millionen Tonnen Weizen abzuhelfen. Dann aber müßten die Alliierten sich darüber schlüssig werden, inwieweit durch eine derartig umfangreiche Getreideverschiffung das Abkommen über den Transport amerikanischer Truppen nach Europa berührt werde. Am Schlusse der Meldung heißt es, einzelne amerikanische Beamte seien der Ansicht, daß die Alliierten vorerst der Lieferung von Getreide den Vorzug geben würden. Das ist ein Wink mit dem Zaunspfahl, der deutlich genug besagt, daß Amerika selbst die Lieferung von Weizen in die vorderste Linie stellt und von der Sendung von Truppen vorläufig am liebsten absehen möchte. Einige Andeutungen nach dieser Richtung sind bereits auf der letzten Pariser Konferenz von seiten des amerikanischen Vertreters gefallen, der die Alliierten darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es in ihrem Interesse liegen würde, rechtzeitig zwischen Truppen und Lebensmitteln zu wählen. Die öffentliche Meinung in den Ententeländern legte aber dieser amerikanischen Erklärung keine sonderliche Bedeutung bei, sondern verrannte sich immer tiefer in die Vorstellung, daß das gewaltige amerikanische Hilfsheer als das große rettende Wunder unbedingt und unter allen Umständen in diesem Frühjahr auf der Bildfläche erscheinen und den Krieg zugunsten des Verbandes beenden müsse. Nun steht die schwere Enttäuschung unmittelbar vor der Tür, und der Rückschlag auf die Kriegsstimmung in den Ententestaaten kann nicht ausbleiben.

Die bombastischen amerikanischen Versprechungen, die das angebliche Riesenheer in Aussicht stellten und die nunmehr wie Seifenblasen zerplatzen, waren zum guten Teil dem Geiste des Humbugs entsprungen, der einen unausrottbaren Zug im Wesen des Amerikaners ausmacht und den er nie verleugnet. Man hat hier gesagt, Amerika dürfe nicht unterschätzt werden. Auch England gegenüber wären wir zuerst in diesen Fehler verfallen und doch hätten die Engländer es fertig gebracht, innerhalb eines Jahres ein kampffähiges Millionenheer auf die Beine zu bringen. Das ist richtig, aber Amerika ist in militärischer Hinsicht nicht mit England zu vergleichen. Die Engländer hatten in ihrem früheren Söldnerheere immerhin einen tüchtigen Stamm geschulter Soldaten, die in schweren Kolonialkämpfen erprobt waren, und konnten dann mit Hilfe der allgemeinen Wehrpflicht das große nationale Heer angliedern. Die Amerikaner aber sind eine ganz und gar unmilitärische Nation, deren Heerwesen bis jetzt auf einer geradezu lächerlichen Stufe der Unvollkommenheit gestanden hat. **Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß sie es den Engländern in der Schaffung eines Millionenheeres gleichtun können,** sondern sie werden mindestens zwei Jahre nötig haben, um eine so umfangreiche Armee auszuheben, auszubilden und auszurüsten, so daß sie den europäischen Heeren einigermaßen ebenbürtig ist. Dann ist aber vor 1919 an ein nennenswertes Eingreifen amerikanischer Truppen in Europa nicht zu denken, vorausgesetzt, daß die Schiffsraumfrage überhaupt den Transport in größerem Maßstabe ermöglicht. Wenn heute schon von Washington aus der Mangel an Schiffsraum vorgeschrieben wird, um die Unmöglichkeit der gleichzeitigen Verschiffung von Getreide und Truppen zu begründen, so wird die Tonnagenot nach einem weiteren Jahre Unterseekrieg noch viel bedrohlicher sein. Nicht nur die Mannschaften wollen befördert sein, auch die ungeheuren Mengen von Munition und Kriegsmaterial aller Art, und dazu muß ein ständiger überseeischer Dienst für die Verpflegung der Truppen unterhalten werden, die der Verband in Europa aus eigenen Mitteln nicht bestreiten kann. Hieraus erhellt ohne weiteres der ungeheure Umfang der Schwierigkeiten, die der Entsendung eines „Millionenheeres" über den Ozean entgegenstehen, und die zum Teil so unüberbrückbar sind, daß es sich günstigsten Falles, wie ein militärischer Sachverständiger in einem Wiener Blatte ausgerechnet hat, um die Herüberschaffung von 500 000 Mann handeln kann. Selbst wenn es den Amerikanern, was wir nicht glauben, gelingen sollte, diese Höchstzahl an Truppen auf europäischem Boden zum Kampfe zu stellen, so könnte dadurch dem Kriege immer noch nicht die von der Entente erhoffte endgültige Entscheidung gegeben werden. Man kann also ruhig sagen, daß es in jedem Fall Sand ist, auf den die Regierungen und Völker der Entente in Europa mit ihren Hoffnungen auf die amerikanische Kriegshilfe gebaut haben; eine Kriegshilfe, die noch dazu um so schemenhafter erscheinen muß, je weniger sicher es ist, daß die Amerikaner überhaupt die ernste Absicht haben, in Europa zu tun, was sie können; denn die Wahrscheinlichkeit, daß sie ihre Rüstungen hauptsächlich zur Rettung ihrer Stellung gegenüber Japan und zur Bereitschaft für alle Fälle gegenüber dem fernen Osten benutzen wollen, ist nicht gering. Nach alledem dürfte wohl das Urteil gerechtfertigt sein, daß die amerikanische Hilfe vorwiegend eine psychische Bedeutung in dem Sinne einer nochmaligen letzten Aufpeitschung des Kriegswillens bei den Westmächten und in Italien besitzt, aber den Gang des Krieges selbst nicht wesentlich zu ändern und uns keinesfalls die Siegespalme zu entreißen vermag. Es bedarf von unserer Seite nur noch einer letzten gewaltigen Kraftanstrengung, nur noch eines letzten zielbewußten Durchhaltens, um nach der Zerstörung der amerikanischen Illusion unsere Feinde endlich dahin zu bringen, daß sie uns kommen und um Frieden bitten müssen.

*

Lansing über Friedensvorschläge.

(Eigene Drahtmeldung.)

Genf, 15. Jan. Der „Herald" meldet aus Neuyork: Lansing gab im Senat auf eine Anfrage Stones die Erklärung ab, daß Amerika keine direkten Verhandlungsvorschläge eines der Kriegführenden ablehnen würde.

Unsere Kriegsziele im Osten.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Jan. Ueber unsere Kriegsziele im Osten läßt sich nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur sagen: Kurland, Litauen und Polen sollen zwar nicht annektiert, aber auch nicht bei Rußland belassen, sondern als selbständige Staatswesen anerkannt werden. Ueber die Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Mittelmächten kann erst später entschieden werden. Gegenüber dem großen Komplex von Fragen, die vor uns liegen, ist natürlich nur eine Lösung von Schritt zu Schritt je nach der weiteren Entwicklung der Ereignisse und der Verhandlungen möglich.

Wie W. T. B. meldet, erklärte Unterstaatssekretär v. d. Busche im Hauptausschuß: Ich kann namens des Herrn Reichskanzlers die Erklärung abgeben, daß in den Instruktionen, die Staatssekretär v. Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erhalten hat, keinerlei Aenderung eingetreten ist. — Damit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

b. **Berlin, 15. Jan.** (Eig. Drahtmeld.) Es steht nunmehr bestimmt fest, daß Reichskanzler Graf Hertling nicht, wie geplant war, morgen im Hauptausschusse des Reichstages das Wort ergreifen wird. In Abgeordnetenkreisen wird angenommen, daß der Kanzler am Freitag seine angekündigte Rede halten wird.

Der Reichsausschuß der Vaterlandspartei

hat in einer Entschließung festgestellt, daß trotz aller Verleumdungen und Angriffe der Gedanke der Deutschen Vaterlandspartei sich überall mehr und mehr durchsetze. Der Reichsausschuß erklärt, daß die Deutsche Vaterlandspartei einmütig auf das schärfste alle Bestrebungen bekämpfen werde, die in Verkennung unserer Lage und unserer Lebensnotwendigkeiten oder aus anderen Gründen die Grundsätze wieder beleben wollen, die bei Beginn der inzwischen abgelaufenen zehntägigen Frist für einen allgemeinen Frieden aufgestellt waren. Dasselbe gilt den Bestrebungen, die in den Ausführungen Lloyd Georges und Wilsons eine irgendwie in Betracht kommende Verhandlungsgrundlage erblicken. Auf Grund seiner genauen Kenntnis der Stimmung im Lande stellt der Reichsausschuß fest, daß solche Bestrebungen von der überwältigenden Mehrheit des Volkes verworfen werden und daß die entgegengesetzte Auffassung überwiegend auf kreisführenden Beschlüssen beruhe. Der Reichsausschuß begrüßt ferner den Fortgang der Verhandlungen im Osten. Aus der Erkenntnis, daß der englisch-amerikanische Kapitalismus die ganze Welt als Ausbeutungsobjekt behandelt, müssen die Russen in der Herstellung dauernder guter Beziehungen zu Deutschland ihre eigensten Interessen verstehen. Mit der entschlossenen Durchsetzung unserer eigenen Interessen, vor allem auf dem Gebiete der militärischen Sicherung, ist die Herbeiführung eines Friedens im Sinne der Anbahnung solcher Beziehungen durchaus vereinbar.

Weitere Pressestimmen.

Die „Deutsche Tageszeitung" teilt den Wunsch des „Lok.-Anz.", „daß nunmehr von den beteiligten Ressorts an den Abmachungen dieser Tage festgehalten werde", hat aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht eher großes Vertrauen. Es sei bedenklich, wenn ein so wohlunterrichtetes Blatt, wie der „Lok.-Anz.", jetzt schon annehmen müsse, daß die freie Bahn für die Heeresleitung ihre Grenze in „Staatsnotwendigkeiten" finde. Nach der augenblicklichen Lage der Dinge könne besonders im Hinblick auf den Westen die gerade jetzt erfolgende Andeutung solcher Konflikte zwischen militärischen und staatlichen Notwendigkeiten nur mit Mangel an Vertrauen erfüllen. Sollten die Dinge anders liegen, schließt die „Deutsche Tagesztg.", so würden wir jedes Anzeichen mit Erleichterung begrüßen.

Die „Voss. Ztg." sagt, daß sich die Besprechungen der militärischen und politischen leitenden Persönlichkeiten beim Kaiser, die zu einer Klärung der gegenwärtigen Auffassung geführt haben, die man als politischen Waffenstillstand bezeichnen könne, sich auf den Osten wie auf den Westen bezogen haben. Bezüglich des Westens sei eine volle Einigung zwischen der politischen und der militärischen Leitung erzielt worden. Bezüglich des Ostens habe man sich vorläufig mit der Aufstellung von Richtlinien begnügt. Endgültige Entschließungen wurden in diesem Punkte vermieden, weil man dem weiteren Verlauf der Verhandlungen von Brest-Litowsk nicht vorgreifen wolle. Von Personalveränderungen an den leitenden Stellen sei bis auf weiteres nicht die Rede. Als in der Umgebung des Reichskanzlers das Gerücht von einer „politischen Erkrankung" des Grafen Hertling besprochen wurde, soll dieser lachend gesagt haben: Ich habe mich noch nie gesunder gefühlt.

Rußlands Erschöpfung.

b. „Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Der Gedanke, als ob Rußland den Krieg wieder aufnehmen könnte, müsse endgültig aufgegeben werden. Allerdings würden im Institut Smolny vage und phantastische Pläne zur Rekrutierung einer Freiwilligen-Armee aufgestellt, die aber nicht durchführbar seien. Rußland habe als organisierter Staat für den Augenblick zu existieren aufgehört.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)

ge. **Amsterdam, 14. Jan.** Zu dem Mitarbeiter der „Daily News" in Stockholm äußerte sich der frühere englische Botschafter Buchanan dahin, daß die Lage in Rußland unsicher sei, weil niemand wisse, was morgen geschehen könne. Ein schneller Umschwung in den inneren Verhältnissen sei allerdings nicht wahrscheinlich. Sie